

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Römigade, Nr. 1076.

Inserate pro gespaltene Petitzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an  
Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Kinderlegen und Arbeitszeit. — Der äußere und der innere Feind. — Die Preisrevolution in der Textil- und Bekleidungsindustrie. — Internationale Gewerkschaftskonferenz. — Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und durch Gifte. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Verächtigung. — Berichte aus Fachkreisen. — Der alte Weber (Gedicht). — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

### Kinderlegen und Arbeitszeit.

Der Kinderlegen in Textilarbeiterfamilien ist gewöhnlich recht reichlich; eine Erscheinung, welche in Widerspruch steht mit der bevölkerungspolitischen Erfahrung, daß die Zahl der Geburten in der Regel zunimmt in der Zeit guter wirtschaftlicher Verhältnisse, während sie abnimmt in der Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert sind. Denn Tatsache ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter auch dann kaum an den Durchschnitt des Wohlergehens anderer Arbeitergruppen heranreichen, wenn sich die Textilindustrie in der glänzendsten wirtschaftlichen Lage befindet. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Ursachen zu der hohen Kinderzahl in den Textilarbeiterfamilien auf psychologische Gebiete sucht. Wirtschaftliche und örtliche Abgeschiedenheit von den Stellen guter Konzerte, Theater und sonstiger Veranstaltungen zur Pflege des Gemütslebens, läßt viele Textilarbeiterfamilien noch nicht zur Erkenntnis kommen, daß ein vollständiges Aufgehender Menschen im Sexualleben durchaus nicht Zweck des Ehelebens ist. Wir wollen durchaus nicht der Kinderlosigkeit das Wort reden, denn das hieße die menschliche Kultur vernichten. Aber wir sind der Ansicht, daß die Menschen nicht nur die Pflicht der Kinderzeugung, sondern auch das Recht zur Teilnahme an einem Leben haben, welches ihnen gestattet, sich geistig und kulturell weiterzubilden. Denn auch darauf kommt es an im Leben der einzelnen Menschen, wie im Leben der Völker. Weiterbilden müssen sich die Menschen, um von Menschengeschlecht zu Menschengeschlecht eine größere Vervollkommnung zu erreichen. Wie im Baumstamm Jahr um Jahr ein Wachstumsring über den andern sich bildet und dem Baum eine immer majestätischerer Stattschaft verleiht, so soll eine Menschengeneration nach der anderen den Baum des Menschengeschlechts fördern zu immer stattlicherer Pracht.

Diese Förderung kann aber nicht kommen von dort, wo das Eheleben der Frau pendelt zwischen Wochenbett, Säuglingssterblichkeit und Fabrikarbeit. Wenn jeder Pfennig Verdienst zusammengekratzt werden muß, um im gleichbleibenden Wechsel des Jahreslaufs Wochenbettkosten und Beerdigungsgebühren abzustoßen, da dient man weder sich selbst noch der Gesellschaft. Leider ist das aber in vielen Textilarbeiterfamilien so. Man würde sich noch so einigermassen mit Sorgen und Bangen hindurchwinden durch das Hungerlabyrinth des Lebens, wenn man nicht so oft aus der Bahn geschleudert würde durch das Wochenbett und durch Todesfälle unter den Kindern.

Wo die materiellen Voraussetzungen fehlen für die Erziehung einer gesunden Generation, da ist es für die einzelne Familie wie für die ganze menschliche Gesellschaft vom Uebel, die Vermehrung der Menschen über die materiellen Existenzgrundlagen der Gesellschaft hinaus zu fördern. Und gerade jetzt ist die Plattform der materiellen Existenz für die Menschen sehr schmal. Dazu kommt, daß sehr viel Frauen im besten gebärfähigen Alter hineingezwängt worden sind in das Joch gewerblicher Arbeit. Schlechte Kost und harte Arbeit, Faktoren, die eigentlich einander ausschließen sollten, sind im Gegenteile jetzt miteinander vereinigt und zehren die Kraft der Arbeiterinnen rapid auf.

Braucht man sich da zu wundern, wenn die Arbeitsleistung nachläßt? Allgemein behaupten die Unternehmer jetzt, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter sei zurückgegangen; die Leistungen seien minimal. Und sie sind auch nicht verlegen um die angeblichen Ursachen dieser angeblichen Erscheinung. Ihrer Meinung nach erhalten die Arbeiter zu viel Lohn. Wagt sich doch sogar ein Vertreter des Kriegsamts in einer Sitzung des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik mit der Bemerkung hervor, wenn man berücksichtige, einen wie hohen Lohn die Rüstungsarbeiterinnen in Berlin erzielten, so sei es verständlich, daß diese Arbeiterinnen so häufig die Arbeit aussetzen. Sie seien ja bequem imstande, mit einem Wochenlohn mehrere Wochen zu leben.

Es ist die alte Geschichte! Nach Ansicht der Unternehmer soll eben der Lohn nicht höher sein, als daß er reicht zum nackten Leben. Die tägliche Not soll als Sklaventreiber dienen, die die Arbeiter zur täglichen Fron zwingt. Kollege Krähig hat damals jenem Herrn in der Bevölkerungskommission ein anderes Licht aufgesteckt. Er hat ihm gesagt, daß die Arbeiterinnen nicht aussetzen, weil sie zu viel verdienen, sondern weil sie zu wenig zu essen haben. Bei dem ungenügenden kostlosen Futter essen eben auch Menschen nicht imstande, täglich mehr Kräfte auszugeben, wie sie dem Körper durch Nab-

rung zuführen können. Es sei ein Akt der Notwehr gegen unhaltbar gewordene gesellschaftliche Zustände, wenn Arbeiterinnen zeitweilig mit der Arbeit aussetzen, um wieder Kräfte zu sammeln.

Wir haben eine ähnliche Erscheinung in der Textilindustrie bemerken können. Es weigern sich viele Kreise der Arbeiterinnen, die volle wöchentliche Arbeitszeit zu arbeiten, weil es die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Ernährung für eine große Kinderzahl ganz unmöglich machen, so lange wie früher zu arbeiten. Große Kinderzahl verursacht natürlich weit mehr Arbeit wie kleine Kinderzahl oder gar Kinderlosigkeit. Die gewerbliche Arbeiterin, die Mutter einer großen Schar Kinder ist, muß für die Arbeit in der Familie schon ganz erheblich mehr Kraft aufwenden wie die kinderlose Arbeiterin. Es wäre daher leicht zu erklären, wenn den Textilarbeiterinnen, die jetzt eine große Kinderzahl zu versorgen haben, die Arme noch früher erlächten als sonst, wo es noch genügend zu essen gab. Es wäre aber dann auch ein um so größeres Unrecht, wenn man diese Arbeiterinnen als faul und arbeitsunlustig bezeichnen wollte. In unserem Verbands ist man jetzt dabei, über den Kinderlegen in der Textilindustrie feste Feststellungen zu machen, die dann dazu dienen sollen, die Maßnahmen zum Schutze der verheirateten Arbeiterin zu revidieren.

### Der äußere und der innere Feind.

Wer erinnert sich nicht noch der Entrüstung, von der mehr oder weniger jeder Deutsche und jede Deutsche ergriffen wurde, als der englische Plan offenkundig ward, das deutsche Volk, das militärisch nicht zu bestegen zu sein schien, durch Aushungerung niederzuringeln? Es war wirklich, als ob das ganze deutsche Volk eines Geistes und eines Sinnes, völlig einig in der Abwehr des verruchten englischen Planes sei. Das ließ hoffen, daß die verschiedenen Klassen sich gegenseitig im weitesten Maße unterstützen würden, damit der englische Aushungerungsplan zunichte werden müsse. Und diese Unterstützung würde, meinten naive Leute in ihrer Arglosigkeit und Ehrlichkeit, sich am wirksamsten zeigen, wenn jeder seine Lebensweise nach Möglichkeit einschränkte, so daß die verfügbaren Nahrungsmittel möglichst weit reichen würden. Es fehlte auch nicht an aufklärenden Vorträgen darüber, wie die vorhandenen Nahrungsmittel für die Ernährung am besten ausgenutzt und gestreckt werden könnten. Diese Belehrungen hatten aber doch alle zur stillen Voraussetzung, daß alle Lebensmittel so eingeteilt würden, daß von ihnen keiner mehr als die anderen hätten, daß sie allen in gleichem Maße zur Verfügung ständen, soweit sie sie zu bezahlen vermöchten, und daß die, die dies aus eigenen Mitteln nicht vermöchten, aus Gemeinde- oder Staats- oder Reichsmitteln einen Zuschuß dazu bekämen, soweit wenigstens, wie wichtigere Nahrungsmittel in Frage kämen. An solchen Zuschüssen ist bekanntlich nicht soviel geleistet worden, wie nach Meinung der Bedürftigen hätte geleistet werden müssen. Doch das schlimmste ist, daß nicht von allen, die sich, ohne an ihrer Gesundheit erheblichen Schaden zu nehmen, Entbehrungen auferlegen konnten, solche Entbehrungen auf sich genommen wurden; wäre das geschehen, so wäre manches wichtige Lebensmittel allen in viel größerem Maße zugänglich geworden, als es geschah.

Doch was sahen wir statt dessen? Gewiß, den englischen Aushungerungsplan suchte jeder zunichte zu machen, doch nicht, indem er versuchte, das ganze deutsche Volk vor Not zu bewahren, sondern nur seine eigene Person. Damit hätte aber im Ernst der englische Aushungerungsplan nicht bekämpft werden können, wenn die Nahrung uns wirklich so knapp geworden wäre, daß der Plan von seiner Wirksamkeit nicht mehr weit entfernt war. Die Engländer rechneten ja nicht damit, daß breite Schichten unseres Volkes verhungern würden, sondern nur damit, sie würden in solche Bedrängnis geraten, daß unsere Regierung sich ihren Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben müßte. Die aber dagegen ihre Stimme am lautesten erhoben, das waren in erster Linie diejenigen, die durch ihre Eigensucht das Reich in die Gefahr brachten, angesichts der immer mehr gestiegenen Not der unteren Schichten des Volkes nachgeben zu müssen, wodurch der englische Aushungerungsplan wirksam geworden wäre. Die Feindschaft der Engländer ist, wie wir wiederholt gezeigt haben, nicht gering einzuschätzen, doch jene nimmermattenden Deutschen, die ihren Nebenmenschen fortgesetzt die besten Bissen vor dem Munde wegschnappten — noch dazu auf ungesetzliche Weise —, sind ebenso gefährliche Feinde des Deutschen Reiches, wie der imperialistischste eigenmächtigste Engländer, und es fehlte wohl zu Zeiten nicht gar viel, daß das deutsche Volk — dank jener Nimmersatten — dem Zusammenbruch nahe war und die Regierung in einer verzweifeltsten Lage. Wenn es nicht zum Zusammenbruch kam, so ist das nicht den höchsten, sondern den niedrigsten Volksschichten zu danken, die alle Entbehrungen, die ihnen der Krieg auferlegte, auf sich nahmen, ohne in Vergewissungs-

akte auszubrechen und den Burgfrieden in rohester Weise zu stören, damit aber auch die Widerstandskraft des ganzen Volkes zu brechen und den vereinigten Gegnern zum Siege über uns zu verhelfen. Dieser Sieg ist den Gegnern bisher bereitet worden — wir hoffen, es wird auch in Zukunft so bleiben —, aber nicht durch die Begüterten und sich als Schleichfresser Betätigenden, sondern durch die in Entsaugungen und Entbehrungen opfermütig Durchhaltenden. Und nicht ganz unberechtigt scheint uns die oft gehörte Behauptung zu sein, daß der Krieg längst beendet wäre, wenn alle Schichten so leben müßten wie die unteren. Der Krieg wäre, wenn er schon zu Ende gegangen wäre, selbstverständlich nur unter uns ungunstigen Bedingungen beendet worden, und wenn es zutrifft, daß die Begüterten — wenn auch wohl nicht alle — lieber ihr Vaterland zugrunde gehen lassen, als daß ihre wertige Person ein wenig darbt, so wäre das ein neuer Beweis dafür, daß der ärmste Sohn Deutschlands auch sein treuester ist.

Dann kommt man aber notwendig dazu, die Frage zu erörtern, ob denn die weniger Treuen nicht mehr oder weniger als innere Feinde des Deutschen Reiches anzusprechen sind. Der treueste Sohn ist auch nur so treu gewesen, wie es zur Vermeidung der Niederlage Deutschlands notwendig war, nicht mehr; wenn andere weniger treu waren als er, so waren sie es weniger als notwendig war und können dann mit Feig und Recht als Vaterlandslawe bezeichnet werden. Vaterlandslawe ist aber in gewissem Sinne auch Vaterlandsgegnerschaft, und Vaterlandsgegnerschaft ist in gewissem Sinne Vaterlandsfeindschaft.

So kommen wir dazu, große Teile unseres Volkes als Vaterlandsfeinde anzusprechen zu müssen, als die inneren Feinde, im Gegensatz zu den äußeren. Wenn jene inneren Feinde sich ihr Verhalten während der bisherigen Kriegsdauer vor Augen führen, werden sie sich selber als innere Feinde erkennen. Ob sie sich deswegen in gebührendem Maße schämen werden, steht auf einem anderen Blatt.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß wenigstens in der ersten Kriegszeit, in den ersten Monaten des Krieges, ein Zug wohlwundernder Solidarität durch alle Volksschichten ging, besonders als die Russen in Ostpreußen haften; die Furcht vor diesem Feinde war so stark, daß sich alle Schichten fest aneinander schlossen. Als aber die Gefahr überwunden war, machte sich auch schon der Klassenegoismus wieder breit, unterstützt freilich von der Massenolidarität, die an die Stelle der Allgemeinolidarität trat. Jeder suchte nach Möglichkeit zu verdienen — in einer Zeit, die doch gerade die leidige Sucht nach Geld hätte in den Hintergrund treten lassen müssen. Es war bald, als ob der Krieg geführt wird, allen, die nach Geld lechzten, Wuchergewinne in den Schoß zu werfen, die einfach die anderen, die weniger materiell veranlagt waren, mit zu bezahlen hätten. Die Massenolidarität, die an die Stelle der Allgemeinolidarität getreten war, hat sogar diesem materiellen Zuge zum Teil weichen müssen. Die begüterten Klassen bewahrten sie freilich — zum Schaden der Nichtbegüterten, doch die Nichtbegüterten, die in rechter Erkenntnis ihrer Klassenlage und ihres Klasseninteresses Massenolidarität mit Massenolidarität hätten beantworten müssen, machten sich zu Verrätern der Solidariät ihrer eigenen Klasse und feilen Dienern der Solidariät ihrer wirtschaftlichen Gegner. Als die Lebensmittelknappheit auftrat und die Rationierung gewisser Lebensmittel begann, wurden sie zum großen Teil zu Verrätern an ihrer eigenen Klasse. Sie, die stets den Reichen auch mal die Leiden der Armen gönnten, ließen nun nicht etwa die Reichen mit ihren knappen Rationen darben, wie es ihr Klasseninteresse und das vaterländische Interesse sogar forderte, sondern stellten sich vielfach in den Dienst von höheren Gesellschaftsklassen angehörenden Lebensmittelschiebern, um gegen hohen Verdienst jenen ihre fargen Rationen zu erhöhen, d. h. ihnen Lebensmittel zuzuführen, auf die sie feinen rechtlichen Anspruch hatten. Die begüterten Klassen selbst werden dagegen selten einem armen Teufel in seiner Not beigeprungen sein. Sie haben ihre Klassenolidarität durchaus gewahrt, und zwar in solchem Maße, daß sich augenblicklich alles gegenseitig unterstützte, was sich klassenverwandt hielt. Auf diese Weise — und mit Hilfe Angehöriger der untersten Volksschichten — scheint es ihnen möglich geworden zu sein, alles im Schleichhandel zu erstecken, was im freien Handel längst nicht mehr zu haben war. Sachkenner behaupten, es sei heute noch alles zu haben, was man in Friedenszeiten bekam, wenn man nur über ein gefülltes Portemonnaie verfüge; es gebe nicht nur Pferdefurter, sondern auch gute Schweinefleisch, Schinken, Butter, Schokolade usw. Man sieht es auch gewissen Leuten an, daß sie nicht nur von ihren Rationen leben, sondern diese durch beträchtliche Zuschüsse verbessern. In manchen Gemeinden wird auch die Verteilung rationierter und nichtrationierter Lebensmittel in solcher Weise bewirkt, daß sich der Gedanke nicht abweisen läßt, man wolle gewissen Kreisen ermöglichen, sich damit reichlicher zu versorgen, als es nach Lage der Dinge geschehen sollte. Staatliche, gemeindliche und private Betriebe stellen sogar zuteilen ihren Angestellten rationierte Lebensmittel in unbeschränktem Maße zur Verfügung, freilich zu

recht hohen Preisen, wohl um den Verbrauch nicht gar zu sehr sich ausdehnen zu lassen. Immerhin wird aber doch auf solche Weise der Allgemeinheit viel entzogen. Die abschließlich für gewisse nicht rationierte Waren — wie Räumertwaren — schwundhaft hoch gehaltenen Preise sind auch nicht geeignet, den Massen zu dienen, sondern nur den mit gefülltem Geldbeutel ausgestatteten Schichten. Die über den Normalpreis hinaus erzielten Einnahmen mögen ja die beste Verwendung finden, doch kommt es in den heutigen Zeitläuften mehr auf die richtige Verwendung der Nahrungsmittel als auf den Erlös daraus und dessen Verwendung an.

Wie die unteren Schichten bei all diesen Manipulationen fahren, wie das auf die Ernährung des ganzen Volkes wirkt und ob dabei das Deutsche Reich als ein um sein Lebensinteresse kämpfendes Staatsgebilde auf seine Rechnung kommt, das scheint heute fast niemandes Sorge zu sein.

Ja, Deutschland hat nicht nur äußere Feinde schlimmer Art, sondern auch solche inneren Feinde in großer Anzahl, und ihre Zahl ist mit der Dauer des Krieges gestiegen und wird mit seiner Dauer noch weiter steigen. Das für die spätere Existenzfähigkeit des Deutschen Reiches nicht gleich ist liegt auf der Hand. Deshalb sollte man auch bei uns endlich alles tun, um dem Kriege ein baldiges Ende zu bereiten und die am meisten unter den mannigfachen Kriegswirkungen leidenden Teile unseres Volkes wieder allmählich zu normaler Lebensweise zu führen. Muß aber der Krieg immer noch fortgesetzt werden, so richte man es endlich so ein, daß unter diesem nationalen Unglück alle gleichmäßig zu leiden haben, vom Bettler bis zum Minister und noch weiter hinaus, vom gemeinen Soldaten bis zum Feldmarschall, kurz, man hindere die inneren Feinde, sich als solche zu betätigen. Je mehr das geschieht, je unschädlicher die inneren Feinde gemacht werden, um so leichter werden wir auch mit den äußeren Feinden fertig werden.

### Die Preisrevolution in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Man schreibt und spricht mit Recht sehr viel über den Lebensmittelmacher. Aber die Bauern haben zweifellos recht, wenn sie sagen, das Industrie- und Handelskapital treibe einen weit größeren Wucher. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß die landwirtschaftlichen Produkte zu billig sind. Aber richtig ist, daß auf anderen Gebieten des Lebensbedarfs der Wucher ganz andere Blüten treibt. Und es ist felsenfest, daß man über den Wucher mit anderen Existenzmitteln viel weniger Entrüstung vernimmt, wie über den Wucher mit Lebensmitteln. Man denke doch nur einmal an die unverschämten Preise für Ledertwaren. Die Lederfabriken schaufeln ja das Gold förmlich zusammen, und die Bevölkerung muß für elenden Schund Preise bezahlen, die ins Phantastische gehen.

Und wie steht es denn mit dem Bekleidungs-wucher? Hier fällt man geradezu auf den Rücken vor Ueberraschung, wenn man einen Vergleich zwischen den Preisen vor dem Kriege und denen von jetzt. Der „Konfektionär“ bringt wieder einmal eine solche Gegenüberstellung, die wir zu Nutz und Frommen für die Brode der Textilarbeiter nachstehend folgen lassen. Hier ist sie:

#### Stoffe und Materialien für die Großkonfektion.

- Zuche, reinwollene Kammgarne und Gabardines: früher 3—4,50 M., heute 40—45 M.
- Salzwollene Stoffe: früher 1,60—2,50 M., heute 24—27 M.
- Velour: früher 4,50—9 M., heute 40—50 M.
- Astrachans: früher 4—6 M., heute 40 M.
- Velvets: früher 3,50—6 M., heute 40—50 M.
- Tafelins, Gattinnes und andere seidene Mantelstoffe: früher ungefähr 5—8 M., heute ca. 25 bis 35 M.
- Futterseide:
  - Duchesse: früher 2,50 M., heute ca. 7,50—9 M.
  - Seidenferge: früher 0,65—1,40 M., heute ca. 3 bis 6 M.
- Baillette: früher 1,80 M., heute ca. 6—9 M.
- Zanella: früher 0,80 M., heute ca. 12 M.
- Battierleinen: früher 0,30—0,85 M., heute ca. 4 M.
- Rnöpfe:
  - Galalith: früher per Gros 13,50 M., heute 31,50 M.
  - Horn- und Perlente: früher per Gros ca. 9 M., heute 23,75 M.
  - Glasknöpfe sind um ca. 50 Proz. im Preise gestiegen.
  - Passementeriefknöpfe um ca. 100 Proz.

#### Reiderseiden:

- Baillette: früher 2,70 M., heute 15—16 M.
- Chiffon: früher 2,80 M., heute ca. 8 M.
- Wollmuffelina: früher 0,65—1,10 M., heute ca. 8 bis 10 M.
- Baumwollmuffelina: früher 27—82 Pf., heute ca. 4 bis 5 M.
- Bestickte Watiste: früher 0,60—1 M., heute 6—8 M.
- Waschboiles: früher 0,55—1,60 M., heute 12—16 M.
- Reideralpaka: früher 3—5 M., heute ca. 25 M.
- Futterstoffe:
  - Futterfatin: früher 0,50—0,68 M., heute ca. 5 M.
  - Tüllfutter: früher 0,35—0,50 M., heute ca. 8 M.
  - Sakonett: früher 0,18—0,30 M., heute ca. 5—6 M.

#### Für die Serrenkonfektion.

- Wisterstoffe: früher 12—18 M., heute 50—60 M.
- Kammgarne: früher 6—10 M., heute 40—50 M.
- Buckfins: früher 3—5 M., heute ca. 25 M.
- Baumwollwaren:
  - Gemdentuche: früher 0,22—0,50 M., heute 6—7 M.
  - Taschentücher: für ein 8-Pf.-Tuch wird heute für das Stück 1,25 M. verlangt.
  - Leinentücher: das Duzend früher ca. 4 M., heute 32 M.
  - Serrenfragen: früher 0,50—1 M., heute 1,75 bis 2,75 M.
  - Schürzen:
    - Kinderchürze: früher ca. 1,30 M., heute 6,50 M.
    - Reiderchürze: früher 2,50 M., heute ca. 19 M.
    - Untertailen: für eine 85-Pf.-Untertaille bezahlt man heute ca. 4 M.

#### In der Buchbranche.

- Linonformen: früher Duzend 7 M., heute ca. 30 M.
- Samt: früher Meter 1,05 M., heute 9 M.
- Linon: früher per Stück von 20 Metern 10 M., heute ca. 120 M.
- Fakonettfutur: früher 0,80 M., heute 3 M.
- Gatinfutter: früher 0,75 M., heute 4,50—5 M.
- Tastfutur: früher 0,75 M., heute 5 M.
- Sunsteid: früher 0,95 M., heute 5,50 M., mit 30 Proz. Gutdraht: früher per Kilo 0,90 M., heute 4,50 M.
- Gaze: früher 0,80 M., heute 3 M.

#### Kurzwaren.

- Nähseide: früher Rolle 6 Pf., heute 0,60 M.
- früher Kleine Rolle 3 Pf., heute 0,30 M.
- Maschinengarn: früher Kleine Rolle 8 Pf., heute 0,30 M.
- früher große Rolle 15 Pf., heute ca. 0,90 M.
- Wesensorte: früher Meter 4 Pf., heute ca. 42 Pf.
- Radresse: früher Meter 12 Pf., heute ca. 75 Pf.
- Korsettkenel: früher Stück 8 Pf., heute 65 Pf.
- Schuhfinkel (Eisengarn): früher 3 Pf., heute 65 Pf.
- Baumwollband: früher 1 Stück (3 Meter) 5 Pf., heute 65 Pf.
- Fakonettband: früher 1 Stück (6 Meter) 18 Pf., heute 63 Pf.

#### Strümpfe.

- Baumwollene Socken: früher Duzend 8 M., heute 48 M.
- Kunstwollene Strümpfe (Größe 1): sind beim Fabrikanten während der letzten 3 Monate von 80 M. per Duzend auf 57 M. gestiegen.
- Wollene Damenstrümpfe: früher 1,80—2,75 M., heute 12—15 M.

Barcbentblusen: früher ca. 1 M., heute ca. 15 M.  
 Damenhemden haben eine Steigerung von ca. 1500 Prozent erfahren.

Da man in der Regel gern geneigt ist, die Teuerung auf die gestiegenen Arbeitslöhne zurückzuführen, so mühten die Textilarbeiter heute alle wahre Krösusse sein, wenn diese kolossale Preisrevolution auf die Erhöhung ihrer Löhne zurückzuführen wäre. Tatsache ist aber, daß im Durchschnitt genormen nicht 5 Proz. dieser erhöhten Preise auf das erhöhte Lohnkonto kommen. Aus den Preisen für die Produkte, die sie herstellen, ersehen aber die Textilarbeiter, wie bescheiden sie bisher in ihren Lohnforderungen gewesen sind.

### Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Vom 2. bis 4. Oktober 1917 fand in Bern (Schweiz) eine internationale Gewerkschaftskonferenz statt, auf der vertreten waren Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Schweiz. Die uns jetzt feindlichen Länder waren also nicht vertreten. Auf der Tagesordnung stand: 1. Konstitution und Sitz des internationalen Sekretariats, 2. Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongress.

Die englischen Gewerkschaftsvertreter hatten einen Abgabebrief überreicht, wonach sie es ablehnen, mit den Deutschen zu verhandeln, solange die deutschen Armeen noch im besetzten Gebiet stehen; ferner weil Deutschland den Krieg zur Eroberungszwecken begonnen und das Haager Abkommen durch den Unterseebootkrieg, Versenkungen von Hospital-schiffen und andere Grausamkeiten verletzt habe. Zu diesem Abgabebrief und zum Fernbleiben der französischen Gewerkschaftsvertreter wurde — nach mündlicher Zurückweisung der Behauptung von deutscher Seite, daß Deutschland allein an dem Ausbruch des Krieges schuld sei — eine Entschließung gegen die Stimmen der Ungarn, welche eine stärkere Betonung der Friedensaktion auf der Grundlage des Klassenkampfes forderten, angenommen, welche besagt:

„Die internationale Konferenz bedauert sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis von Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale, durch die diese das Fernbleiben ihrer Vertreter entschuldigte. Diese Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Bestrebungen und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskonferenz. Die Konferenz betrachtet sich nicht als kompetent, über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen, und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsch Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinarbeiten.“

Zur Frage der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach einem neutralen Lande wurde mit allen Stimmen gegen die der Schweizer folgende Entschließung angenommen:

„Die Konferenz lehnt die Frage der Sitzverlegung prinzipiell nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst, veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen. Um jedoch die internationale Verbindung unter den dem Bunde angeschlossenen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, beauftragt sie die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, ihre bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landesorganisationen alles daran setzen werden, die heute noch vorherrschenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich zu beseitigen, und daß die Einigkeit herbeigeführt wird.“

Die Konferenz richtete an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Danach sollten in den Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Kon-

ferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie stellte in dieser Frage eine Reihe von Beschlüssen auf. Nach ihnen ist die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel im Friedensvertrage ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen, das von ihr unterhaltene Internationale Arbeiteramt hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in den drei Hauptsprachen herauszugeben. Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festlegung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Nach Erledigung der Geschäfte gab Belgien die folgende Erklärung ab: „Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.“

Die Konferenz beschloß sodann einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzuschicken: „Sämtliche Delegierten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu beschicken, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung komme und der Internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann.“

Vom letzten Verhandlungstag der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern sind noch einige wichtige Beschlüsse und Erklärungen nachzutragen. Auf Antrag Delpart-Deutschland nahm die Gewerkschaftskonferenz folgende Resolution an:

„Im Anschluß an die Aufstellung der Friedensforderungen richtet die Internationale Gewerkschaftskonferenz an die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung dieser aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten. Alle Gewerkschaftszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zu den Feststellungen des sozialpolitischen Teiles der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.“

Zusar-Böhmen verlas eine Erklärung, in welcher er namens der tschecho-slawischen Gewerkschaften die Erklärung abgab, daß sie bereit und gewillt seien, die Grundzüge des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu den ihrigen zu nehmen, mit dem Begehren, als gleichberechtigte Landesorganisation anerkannt zu werden. Auf den Protest von Queber-Oesterreich nimmt der Kongress keine Stellung zu der Erklärung und geht zur Tagesordnung über.

Namens der deutschen Delegation gab Belgien folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden darf, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend sei mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzukommen, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über die Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Auf Antrag von Fimmen-Holland mit einem Abänderungsvorschlag von Bauer-Deutschland wird als Abschluß der Konferenz den französischen und italienischen Gewerkschaftszentralen folgendes Freundschaftstelegramm übermittelt: „Die Delegierten der Internationalen Gewerkschaftskonferenz senden der französischen und italienischen Landeszentrale ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen insbesondere den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die Konferenz zu beschicken und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Vertreter dieser Länder an der nächsten Konferenz teilnehmen werden, damit die Organisationsfrage zur Erledigung kommen kann und die Internationale einheitlicher denn je im Interesse der Arbeiter aller Länder ihre Arbeit fortsetzen kann.“

### Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Warenproduktion werden durch technisch-chemische Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeiten im Bergbau und Baugewesen, vielfach natürliche Gaseutage, die, je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten außerst gesundheits- und lebensgefährlich werden. Oft sind es Begleiterscheinungen bei einzelnen Pro-

zeduren oder des ganzen Produktionsprozesses, die in der Eigenart oder in der Mischung des Materials ihre Ursache finden. Es wird demnach dabei zu unterscheiden sein, ob das Gas als Produkt, Zwischenprodukt oder als unvermeidliches Nebenprodukt in Frage kommt.

Mit Hilfe von hohen Temperaturen oder Wärmegraden werden durch das Destillations-, Siebe-, Röst-, Schmelz-, Erhitzungs- oder Vulkanisierungsverfahren usw. feste und flüssige Stoffe zweckentsprechend verändert oder vergast, während auch umgekehrt Gase durch niedrige Temperaturen und atmosphärischen oder komprimierten Druck zu festen oder flüssigen Körpern umgestaltet werden können. Wie auch unsere atmosphärische Luft (Sauer-, Stick-, Wasserstoff und Kohlenäure), so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine selbständige Gestalt noch ein selbständiges Volumen (Rauminhalt, Umfang) besitzt, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Widerstände daran hindern. Im Zusammenhang mit der technisch-chemischen Prozedur versteht man auch oft unter Gasen lediglich schwer zu verdichtende und kondensierbare Körper, womit ausgedrückt werden soll, daß alle mit der Gasflüssigkeit zusammenhängenden Vorgänge mit den Dämpfen überaus viel gemeinsam haben und ins Gebiet der Dämpfe zu verweisen sind. Im Vordergrund ist hierbei produktiv die Gaserzeugung- und die Metallindustrie und besonders die chemische Industrie sowie der Bergbau beteiligt. Zu dem Vorausgeführten hat die Technik es verstanden, das chemisch-fabrikationsmäßige Verfahren zu einer großartigen und sehr profitablen Entwicklung zu bringen, ohne daß es ihr dabei gelungen wäre, den immer wieder neu auftretenden Gesundheitschädigungen der Arbeiter in diesen Betrieben mit analogem Erfolge entgegenzuwirken. Denn wie aus den Jahresberichten der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbeamten zu ersehen, bestehen neben den Explosions-, Brand- und sonstigen Unfallgefahren noch die Gefahren der Staubvergiftung und der beim Produktionsprozeß entwickelnden giftigen Gase und Dämpfe.

Infolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit die Toxikologie, die Lehre von den Giften, mehr und inniger verknüpft mit den Leiden und Krankheiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Fabrikgifte“ sind dadurch ein besonderes Studium und der Gegenstand der Sammlung praktischer Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von Ruf wie Professor Sommerfeld-Berlin, Dr. Ramboulet-Wien, Professor Lewin-Berlin und andere betätigen sich heute auf diesem Gebiet. Schon im Jahre 1898 konnte Sommerfeld in seinem Handbuch der Gewerbekrankheiten auf die „hohe sanitäre Bedeutung der professionellen Vergiftungen“ hinweisen, „welche vorwiegend durch Einwirkung von Gasen und Dämpfen, zum Teil auch durch Eindringen fester Partikelchen in den Körper zustande kommen“. Sommerfeld verdankt wir auch den Entwurf einer „Liste der gewerblichen Gifte“, die nach einer Umarbeitung mit dem Gewerbeinspektor Dr. Fischer und nach Durchsicht eines hygienischen Beirats im Dezember 1911 zur Bekämpfung der Giftgefahren von der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz der Öffentlichkeit übergeben wurde und als Leitfaden besonders zu bewerten ist. Nach Fischer sind darin als gewerbliche Gifte diejenigen Rohstoffe, Erzeugnisse, Zwischen- und Abfallstoffe zu bezeichnen, die bei ihrer Gewinnung, Herstellung und Verwendung im Gewerbebetrieb bei Beachtung der üblichen Vorsicht in solchen Mengen in den Körper eintreten können, daß sie die Gesundheit des wertvollen Arbeiters auf chemischem Wege gefährden. Im Jahre 1902 wurde von Ramboulet eine Arbeit unter dem Titel „Schädliche Gase im gewerblichen Betriebe“ veröffentlicht. Danach zeigt sich bei den Giftgasen folgende Wirkung: 1. Auf den Aufnahmeapparat (Atmungsorgane) und dessen Schleimhäute (Berührung, Reiz-, Narkosewirkung); 2. auf die Ueberträger des Gasmoleküls (Blutwirkung); 3. Fernwirkung (Spezifische innere Giftwirkung) auf einzelne Organe und Organsysteme. In ziemlicher Uebereinstimmung mit diesen Leitfäden bringt der Prof. Lewin in seinen bedeutungsvollen Vorträgen im Februar 1907 im Reichsversicherungsamt und im Februar 1910 im Verein deutscher Chemiker seine Grundanschauungen und Erfahrungen zum Ausdruck. Bei den Vorträgen im Reichsversicherungsamt lag das Thema zugrunde: „Die Grundlagen für die medizinische und rechtliche Beurteilung des Zustandekommens und des Verlaufs von Vergiftungs- und Infektionskrankheiten im Betriebe“, und bei den Chemikern behandelte er „Das Zustandekommen von Vergiftungen in chemischen Betrieben und die Hilfe dagegen“. Auch der 2. Internationale Kongreß für Rettungswesen 1913 in Wien beschäftigte sich mit den gewerblichen Giften. Hier war es der Gewerbeinspektor Dr. Schimbs-Wien, der, unterstützt mit ausgehendem Material und persönlichen Erfahrungen über „Unfallgefahren und Gesundheitschädigungen sowie der Verhütung in chemischen Betrieben“ referierte. Diese vielseitigen Darstellungen lassen sich im folgenden zusammenfassen:

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingeatmeten Quantums des Gas- oder Dampfes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebensstörungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wohingegen die durch langsame, auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringen Quanten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitschädigung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefaßt und deshalb oft nicht entschädigt wird. — Die unheimliche Gewalt des Vergiftungsvorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der kurzgefaßten Form in der Giftliste der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz tritt zum Beispiel die akute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Arsenbergerwerke, Glasfabrikation, Fabrik von farbiger Kreide, Herstellung von Arsenfarben, wie Schweinfurter Grün usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenschnüren des Schlundes; Schmerzen im Magen und Unterleib; Erbrechen, Durchfall, Kräfteverfall, kalte bläuliche Haut, Wadenkrämpfe, Gerabekung der Herztätigkeit, Schwindel, Kopfschmerz, Ohnmacht, Phantasieren, Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Tod, mitunter choleraähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenbeschwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende hartnäckige Kopfschmerzen mit Verstimmung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit, ferner gastrische Störungen, wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerungen und Kräfteverfall führen, hartnäckige katarrhalische Erscheinungen der Schleimhäute,

wie Schnupfen, Hals- und Luftröhrenentzündung. Häufige Erkrankungen der Haut auch mit Geschwürbildungen. Ausfallen der Haare und Nägel, Melanose, d. h. Einlagerung eines bräunlichen, nicht arsenhaltigen Farbstoffes am Halse, Kumpfe und anderen Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln und auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Beschränkung oder ein Verlust der Sehkräfte einstellt. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsgase anzusehen, wobei in Einkammerung einzelne Verwendungsarten und Entstehungsursachen angegeben sind: Ammoniak (Gasanstalten, Farbenindustrie, Kloakenreinigung, Verzinnen von Eisenblech, Silberspiegelindustrie), Arsenwasserstoff (Löten und Beizen von Metallen), Benzol, Chlor- und Cyanverbindungen (Cyan-Blausäurebildung). Desgleichen Fluorwasserstoff (Glasfabriken usw.), Kohlenoxyd (Giftgas bei Hochofen, Ziehereien, Bergwerken usw.), Kohlenäure, Methylalkohol (Firnissfabrikation, Denaturieren von Spiritus, Möbelpoliererei usw.), Nitrobenzol, Nitroglycerin, Nitrogas (Nitrostoffe kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). In weiteren die Vergiftungen durch Phosgen, Phosphor, Quecksilber, Quecksilbersalze (Haarhaarschneiderei, Filzhutfabrikation, Spiegelherstellung, Zünd- und Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelchlor, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsäure, Schwefelwasser. In der übergroßen Zahl der Fälle erzeugt die akute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

In den Unfallzahlen der alljährlichen Rechnungslegungen der Berufsgenossenschaften, welche durch das Reichsversicherungsamt veröffentlicht werden, sind bei den einschlägigen Unfällen in der Spalte „Feuergefährliche, heiße und ägende Stoffe usw.“ (glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw.) auch die akuten Gasvergiftungen mitenthalten. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug die Zahl dieser Unfälle (Spalte 13) im Jahre 1913 insgesamt 2413, 1914 2108 und 1915 1755. Ein mehr zuverlässiges Bild von diesen Unfällen gewährt der Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1916. Danach betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle durch „Feuergefährliche, heiße und ägende Stoffe usw.“ 1912: 2183, 1915: 2037 und 1916: 2409. Davon wurden als schwerverletzte entschädigt 1912: 204, 1915: 213 und 1916: 309; von diesen waren tödlich verletzt 1912: 83, 1915: 50 und 1916: 72. Über von den vorbezeichneten gemeldeten Unfällen entfielen auf „Giftige Gase und Stoffe usw.“ 1912: 193, 1915: 214 und 1916: 296; davon wurden 1912: 33, 1915: 36 und 1916: 64 entschädigt, wobei für 1912: 11, 1915: 23 und 1916: 39 Tödlungsverletzte mit in Frage kommen. Die zwei Kriegsjahre 1915 und 1916 zeigen eine beträchtliche Zunahme dieser Unfälle, wovon annähernd 20 Proz. entschädigt werden mußten, und dabei waren 62 Proz. Tödlungsverletzte. — Ueber die große Masse der chronischen Vergiftungen veröffentlicht die Berufsgenossenschaften keine Zahlen; darüber können nur die Krankenkassen der Arbeiter Auskunft geben!

Schädliche Gase können der schützenden Hülle des menschlichen Körpers, der Haut, schwer etwas anhaben; übel beeinflusst werden nur die Schleimhäute, soweit sie direkt in Berührung mit den gasförmigen Giften gelangen. Die Aufnahme von Gasen und Dämpfen erfolgt durch den Atemweg immer von der Lunge aus, wozu aber auch oft genug feinstaubförmige Gifte, wie zum Beispiel Bleiverbindungen gelangen, um dort, durch die Gewebszellen und Gewebssäfte löslich gemacht in den Körper überzugehen. In der Lunge werden sie dann mehr oder minder schnell von dem das zarte Lungengewebe umspielenden Blute aufgenommen und weitergeführt. Je blutreicher eine solche aufzunehmende Stelle ist, um so schneller und reichlicher vollzieht sich der Uebergang des fremden Stoffes. Das Blut ist das Mittel zum Gastransport und kann durch die Aufnahme giftiger Gase direkt zerstört werden. Eine solche Wirkung wird als hämolytische (blutauflösende) bezeichnet und führt schnell zum Tode. — Das Blut kann aber auch, ohne selbst beeinträchtigt zu werden, diesen Gifttransport durchführen. Man findet in vielen Fällen bei Gas- und Dampfvergiftung, daß das Blut unbeeinflusst geblieben ist. Das betreffende Gas kann zum Blute oder vielmehr zum Blutfarbstoffe (dem Sauerstoffüberträger) eine größere chemische Verwandtschaft haben als der Sauerstoff. Ist ein solches Gas in der Atmungsluft vorhanden, dann sättigt sich der Blutfarbstoff (Hämoglobin) mit dem betreffenden Gase, und die Ausnahme des nötigen Sauerstoffes ist wegen Raum mangels unmöglich geworden. Es tritt eine Erstickung durch Sauerstoffmangel im Organismus ein. Typisch ist diese Wirkung bei der Kohlenoxydvergiftung. Die Verwandtschaft zum Sauerstoff ist bedeutend größer als die Verwandtschaft zum Sauerstoff; es bildet sich Kohlenoxydhämoglobin. Einer besonderen Erwähnung bedarf die Kohlenäure, welche insofern eine Sonderstellung einnimmt, als sie bekanntlich normalerweise im Blute vorhanden ist. Die Vergiftung (innere Erstickung) erfolgt, wenn zu große Kohlenäuremengen in der Atmungsluft enthalten sind.

Die eigentliche Fernwirkung der gasförmigen Gifte auf die übrigen Organe des Körpers sind außerordentlich verschiedenartig. Wie schon vorerwähnt, kann das Nervensystem mehr oder weniger beeinflusst, das heißt gereizt oder gelähmt werden. Dies kann alle Arten der Nervengewebe oder nur das Zentralnervensystem oder nur das Gehirn oder das Rückenmark treffen. Treten aber bei einer solchen Blutveränderung schwere Gehirnerkrankungssymptome auf, so kann geschlußfolgert werden, daß das nervöse Zentralorgan nicht mehr gehörig ernährt wird. Mangels regulierender Körperkräfte kann diese Ernährungsstörung monatelang bestehen bleiben. „So sieht man zum Beispiel nach einer Kohlenoxydvergiftung Erweichungsherde im Gehirn oder Eiterungen in der Lunge sich ausbilden.“ (Levin.) Ferner kann der Darm gereizt oder gelähmt, und die großen Drüsen des Körpers, die Speicheldrüsen, Leber, Niere, können geschädigt werden; dadurch kann bei Nierenreizung Zucker oder Eiweiß im Harn auftreten. Ueberdies sind es gewisse Gifte, wie Phosphor und Arsen, welche auf den gesamten Ernährungszustand einwirken und deshalb Stoffwechselgifte genannt werden. Diese Art der Einwirkung ist physiologisch noch nicht ganz aufgeklärt. Je inniger die Berührung zwischen dem Gift und den Körpergeweben vor sich geht, und je länger sie andauert, um so energischer gestalten sich die Folgen. Die Spätwirkung eines gasförmigen Giftes kann auch zustande kommen, wenn auch nur kleine Mengen davon aufgenommen werden; ebenso kann aber auch auf eine anfänglich schwere Vergiftung eine scheinbare Besserung und nach einigen Tagen der Tod unter Erstickungssymptomen eintreten, wie das bei Vergiftungen durch nitroxe Gase (die sich bei der Erwirkung von Salpetersäure auf Metalle entwickeln) wiederholt zu konstatieren war. Bei anderen

Vergiftungen schließt sich an das akute Leiden ein chronisches an, das dem Arbeiter langsam, schleichend seine Arbeitskraft zerstört und beraubt. Ein Gas ist um so gefährlicher, wenn es nur schwach oder überhaupt geruchlos ist, wie zum Beispiel Schwefelsäure, Nitroglycerin, Kohlenoxyd, Kohlenäure (Amal-, Gruben- und Brunngase), Sumpfgas, Wasserstoff usw. Dabei ist weiter zu beachten, daß im Vergleich zu den Infektionskrankheiten (Typhus, Cholera usw.) es gegen die Gifte keine Mittel gibt, die durch Einimpfung eine Immunität erzeugen. „Es gibt kein einziges chemisch bekanntes Gift, das, beliebig lange Zeit Tieren eingeführt, ein Gegengift im Blute entstehen läßt, dem die Fähigkeit zukommt, in irgendeiner Weise das Gift unschädlich oder vorbeugend, eine Giftwirkung unmöglich zu machen.“ (Levin.)

Für die Gestaltung einer Giftwirkung ist oft die persönliche Veranlagung des Leidenden ausschlaggebend. Sie kann in einer Unter- oder Ueberempfindlichkeit bestehen und ist selten erworben, meistens erblich. Gewöhnlich bleibt sie, solange das Leben dauert, und jeder Versuch, sie zu beseitigen, scheitert. Ein körperstarker Mensch kann gegen bestimmte Schädlichkeit überempfindlich, dagegen ein kränklicher oder Schwacher unter- oder sogar unempfindlich sein. Die persönliche Eigenart schafft auch die regelwidrigen Verlaufsarten von Vergiftungserkrankungen und ist dazu angetan, ein bestehendes Leiden, wie zum Beispiel einen Krankheitsherd in der Lunge, zu verschlimmern. Jedoch treten bei der Heilkunde die Durchschnittsempfindlichen in den Vordergrund, und danach können auch leichte Vergiftungen die Dispositionen zu anderen Erkrankungen schaffen oder die Ursache geben; und kann besonders bei chronischen Vergiftungserkrankungen auch die Heilung anderer Unfälle (Wunden und Knochenbrüche u. dgl.) noch nach Jahren recht sehr erschwert werden.

Burgel werden in den giftgefährlichen Betrieben eine große Zahl von Frauen und Jugendlichen beschäftigt, und welche Gesundheitschädigungen ergeben sich für diese daraus? — Welche Wirkung hier die verschiedenartigen Vergiftungen in der chronischen Entwicklung auf die Frauen in Bezug der geschlechtlichen Sphäre ausüben — ist wohl noch nicht ganz festgestellt. Aber jedenfalls liegt es nach den Erfahrungen bei den Bleivergiftungen sehr nahe, anzunehmen, daß die Mutterschaft gefährdet, oder daß dadurch eine Lebensschwäche der Kinder herbeigeführt wird. Wie aus dem Vordargelegten zu ersehen, ist es ein Gebot der Stunde, mit allen zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen diesen Gesundheitschädigungen der Arbeiter entgegenzutreten!

### Aus der Textilindustrie.

☆ Eine gute Lohnstatistik ist jetzt mehr denn sonst Voraussetzung für das Gelingen von Aktionen zur Verbesserung der Löhne. Es ist daher eine große Verfehlung an den Pflichten gegen sich selbst, wenn die Textilarbeiter nicht für eine fortlaufende Registrierung der Löhne sorgen. Jetzt, wo der Kampf um die Mindestlöhne geführt wird und wo die Verhandlungen häufig geführt werden müssen für mehrere Betriebe zugleich, vertreten durch einen Mundanwalts, muß es dem letzteren möglich gemacht sein, sich vorher an Hand der Lohnstatistik auf die wirkliche Vertretung seiner Auftraggeber in Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen vorzubereiten. Eine solche Vorbereitung ist nicht möglich, wenn man dem Mundanwalts 5 Minuten vor dem Beginn der Verhandlung einen Zettel in die Hand drückt, auf dem die angelegliche Lohnstatistik enthalten ist. Der Mundanwalts hat dann nicht mehr die Möglichkeit, in Ruhe die Schlüsse zu ziehen, die nötig sind, um den Gang der Verhandlungen wirksam zu beeinflussen. Denn will man eine Sache mit Erfolg vertreten, so muß man die innere Sicherheit haben, daß sich auch alles so verhält, wie man es von sich gibt. Denn man dient der Sache der Arbeiter nicht gut, sondern schlecht, wenn man sich hinterher nachsagen lassen muß, daß die Angaben, für deren Richtigkeit man sich einstufte, falsch seien. Außerdem leidet auch der Ruf des Mundanwalts für etwaige spätere Verteidigungsfälle, wenn sich die gemachten Lohnangaben als falsch erweisen. Die Gaulteile werden nach Lage der Sache oft die Tätigkeit eines Mundanwalts auszuüben haben, und sie müssen daher im Interesse der Kollegen, deren Sache sie später vertreten sollen, darauf achten, daß sich ihre Angaben als zuverlässig erweisen; ganz abgesehen davon, daß es doch auch persönlich peinlich ist für den Mundanwalts, daß ihm seine Angaben als falsch zurückgewiesen werden. Also es muß jetzt, wo wir die häufigere Möglichkeit haben, vor Schlichtungskommissionen die Interessen der Arbeiter ganzer oder gar mehrerer Fabriken zu vertreten, dafür gesorgt werden, daß brauchbare Lohnstatistiken für die rechtzeitige Information des Mundanwalts zur Verfügung stehen. Geschieht die Lohnregistrierung fortlaufend durch Sammlung der Lohnzettel, so genügt es, diese dem Mundanwalts einige Tage vorher zu übersenden; er wird dann schon das Nötige für die Verhandlungen vorbereiten. Es genügt aber auch nicht, nur von einem kleinen Teil der Beschäftigten die Lohnangaben zu besorgen. Kürzlich fanden im Vogtland für 8 Webereien solche Verhandlungen statt. Da gab man dem Mundanwalts auch eine Lohnstatistik kurz vor Beginn der Verhandlung. Sie bestand aus einem Bogen Papier mit 10-12 Lohnziffern für einen Betrieb mit weit über 100 Webereien. Mit einer so unvollkommenen Lohnstatistik kann man gar nichts anfangen. Denn irgendwelche Schlüsse lassen sich daraus nicht ziehen. Also schafft bessere Lohnstatistiken!

☆ Der Kampf gegen die Mindestlöhne in der Textilindustrie wird noch immer mit unlauteeren Mitteln betrieben. Er wird betrieben in ähnlicher Weise, wie das in Schlesien geschah, nämlich mit der Behauptung, daß Schlichtungsausschüsse anderer Bezirke dagegen seien, Mindestlöhne festzusetzen.

Durch Zufall erfahren wir, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, in dessen Bezirk Rosenheim in Bayern liegt, bei dem Vorsitzenden des für Gera zuständigen Schlichtungsausschusses angefragt hat, ob es wahr sei, daß, wie die Textilfabrikanten in Rosenheim behaupten, sich der Geraer Schlichtungsausschuß für eine zu niedrige Erklärung habe, einen Schiedspruch in Sachen der Mindestlöhne für die Textilarbeiter und -arbeiterinnen in den Geraer Webereien zu fällen.

Von einer Unzuständigkeit ist, wie jener Behauptung der Rosenheimer Textilfabrikanten gegenüber festgestellt werden soll, im Geraer Schlichtungsausschuß noch kein Wort gefallen.

Es hat vor vollendetem Schlichtungsausschuss eine informatorische Aussprache stattgefunden, in der Kläger und Beklagte ihren Standpunkt formulierten. Auf Wunsch des Vorsitzenden haben die Arbeiterausschüsse die aufgestellten Forderungen schriftlich noch mal formuliert. Das Schreiben hat der Vorsitzende dem Kommerzienrat Weber in Gera übermittelt, und will er uns dessen Antwort dann mitteilen. Der Vorsitzende teilte dem Geschäftsführer Lipke-Gera, als Vertreter der Kläger, weiter mit, daß er als Vorsitzender vor Stattfinden der nächsten Verhandlung nochmals mit den Beteiligten behufs gütlicher Beilegung der Streitfrage sprechen werde.

Dieser Vorgang zeigt, mit welchen Hintertreppenn Mitteln die Unternehmer arbeiten, um Schiedsprüche für Mindestlöhne in Webereien nicht aufkommen zu lassen. Um so mehr müssen wir auf dem Posten sein.

**Wo und mit welcher Arbeit sind unsere Mitglieder beschäftigt?** Das ist eine Frage, die für die wirksame Durchführung gewünschter Aktionen absolut nötig ist. Wir haben in der Textilindustrie eine große Anzahl Branchen, und es kann nicht immer für alle Arbeiter eine generelle Forderung aufgestellt werden. Im Gegenteil! Die Forderungen müssen meist je nach der Branche spezialisiert sein. Schon das erfordert es, daß man die Mitglieder der einzelnen Branchen leicht feststellen kann. Außerdem muß man natürlich auch in Orten mit mehreren oder gar mit vielen Betrieben wissen, in welchem Betriebe die Mitglieder in Arbeit stehen. Denn angenommen den Fall, daß Arbeiter einer Branche irgendeine Aktion durchführen wollen, ist zuerst nötig, zu wissen, wieviel Mitglieder in der Branche vorhanden sind und wie sie sich auf die einzelnen Betriebe verteilen. Sieht man, daß die Organisation im ganzen oder in einzelnen Betrieben nicht ausreicht, um die Aktion damit durchzuführen, so muß in erforderlicher Weise nachgeholfen werden. Es ist auch nötig, daß die Ortsverwaltungen, weil sie alles für die Aktionen vorbereiten müssen, wissen, wo jedes Mitglied in Arbeit steht, und welche Arbeit es macht. Auch der Zentralvorstand, der für die kommenden großen Wirtschaftskämpfe das Nötige vorbereiten muß, muß wissen, auf welche Branchen und Betriebe sich die Arbeiterschaft, die organisiert ist, verteilt. Bei Vorbereitung von Betriebsbranchenbesprechungen, für die Aufstellung von Vertrauenspersonen, Arbeiterausschussmitgliedern usw. wird es ein leichteres Arbeiten sein für die Ortsverwaltungen, wenn ein Verzeichnis vorliegt, welches über die Verteilung der Mitglieder auf die Branchen und Betriebe Aufschluß gibt. Es empfiehlt sich daher, daß überall dort, wo es nicht schon geschehen ist, durch die Fachblattaussträger erfragt wird, in welcher Branche und in welchem Betriebe die Mitglieder beschäftigt sind.

In der Filiale Weida hat man folgendes Verfahren mit Erfolg angewandt:

Die vom Fachblattaussträger beantwortete Frage wurde auf die große Personalkarte übertragen, und zwar am Kopfe der Karte, auf den leeren Raum über dem Ausdruck: „Deutscher Textilarbeiterverband“.

Der Vermerk an dieser Stelle geschieht mit Bleistift. Zit er gemacht, dann findet man nach Durchsicht aller Personalkarten schnell heraus, für welche Mitglieder eine Abfrage noch nicht stattgefunden hat. Und das Versäumte muß nachgeholt werden. Hierbei stellt sich auch heraus, ob die oder jene unbeantwortet gebliebene große Personalkarte überhaupt noch in den Personalkasten gehört. Mindestens muß bei den Beitragskassierern angefragt werden, wer das Mitglied zu kassieren hat und ob es noch Beiträge zahlt.

Ist nun alles in Ordnung, d. h. aus jeder Personalkarte zu ersehen, in welcher Branche und bei welcher Firma das Mitglied zurzeit arbeitet, dann werden am Kopfe eines Bogens Papier — die Länge des Bogens richtet sich nach der Anzahl Textilfabriken im Filialverwaltungsbezirk — die Textilfirmen namhaft gemacht. Für jede Textilfabrik eine Rubrik und für jede Branche einen Bogen.

Man braucht dann nur die Antworten auf der Personalkarte der Reihe nach abzulesen und in jede Rubrik auf dem Textilfirmenverzeichnis mit einem Strich zu quittieren.

Ist die letzte Personalkarte auf den Bogen mit / übertragen, dann zählt man für jede Textilfabrik die Striche (/) zusammen und weiß nun genau, wieviel von unseren Mitgliedern in dieser und jener Textilfabrik arbeiten. Selbstverständlich muß der Bogen, auf den die Striche zu machen sind, auch die Firmen anderer Branchen enthalten, wo unsere Mitglieder arbeiten; er muß auch auf auswärtige Firmen angelegt sein.

Der Bleistiftvermerk auf der großen Personalkarte kann bleiben. Er wird, wenn man Zeit hat, auf der Rückseite der Personalkarte unter der Rubrik „Wohnung und Arbeitsverhältnis“ mit Tinte übertragen.

**Lohnbewegungen** sind heute oft anders einzuleiten und durchzuführen wie ehemals; d. h. vor dem Kriege. Seitdem das Hilfsdienstgesetz besteht, sollen eigentlich nur die Arbeiterausschüsse im Auftrage der Beschäftigten die Wünsche und Forderungen an den Unternehmer vermitteln und, wenn mit diesem keine Eintigung zustande kommt, die Fällung eines Schiedspruches beim Schlichtungsausschuss beantragen. Es genügt, wenn ein Viertel der Ausschussmitglieder den Antrag zu Verhandlungen beim Unternehmer stellt. Für die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss kann dann ein Gewerkschaftsbeamter als Mundanwalt delegiert werden.

Nun haben leider in manchen Betrieben zur Zeit der Ausschusssitzungen die Arbeiter geschlafen. Die Unternehmer haben vielfach durch gefällige Angestellte, meist Meister, eine Vorschlagsliste für den Arbeiterausschuss aufstellen lassen, und nachdem die Zeit für die Einreichung der Vorschlagslisten vorüber und eine andere Liste nicht eingereicht worden war, die erstgenannte Liste als gewählt bezeichnet. Die Leute, die auf dieser Liste stehen, sind aber meistens nicht gewillt, eine Aktion für die Arbeiter zu übernehmen, denn es sind Leute, die in irgendeiner Weise bevorzugt sind und nichts unternehmen wollen, womit sie sich diese Bevorzugung verschäzzen. Solche Ausschüsse sind tatsächlich nur dazu da, den Zweck zu hinterzuziehen, der mit den Ausschüssen für die Austragung von Differenzen erreicht werden soll. So werden durch viele Arbeiterausschüsse

wichtige Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes sabotiert, d. h. aufgehoben.

Die Notlage der Arbeiter treibt aber auch in solchen Betrieben zu Lohnbewegungen; Es muß dann auch ohne den Arbeiterausschuss gehen; und es geht auch, wenn nur die Arbeiterschaft sonst einig ist. Wo der Arbeiterausschuss versagt, lade man ihn zu einer Fabrikbesprechung ein und frage ihn, ob er die Durchführung übernehmen will. Lehnt er ab oder er kommt gar nicht zur Besprechung, so wähle man eine Kommission, die man bevollmächtigt, die Forderungen vor dem Unternehmer zu vertreten und im ergebnislosen Verhandlungsfalle vor den Schlichtungsausschuss zu bringen. Man bestimme dann den Gauleiter oder einen unserer Kollegen in der Ortsverwaltung, der mit den Verhältnissen vertraut ist, zum Mundanwalt.

Es geht also auch ohne Arbeiterausschuss. In den Weberei- und Spinnereibetrieben ist es sehr gut gegangen. Da es aber umständlicher ist, so sei man künftig besser auf dem Posten, wenn solche Ausschüsse gewählt werden.

**Prämien für Sammeln von Brennesseln!** Viele Brennesseln stehen noch ungeerntet, die jetzt restlos gesammelt werden müssen. Die Resselkaser-Verwertungsgesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68, Schützenstraße 65/66, gewährt jedem Sammler, welcher nach dem 1. Oktober d. J. seiner Sammelstelle auf einmal mindestens 10 Kilogramm völlig trockene und entblätterte Stengel abliefern, neben dem bisherigen Sammellohn von 14 Pf. per Kilogramm die gleiche Summe noch einmal als Prämie, also eine Prämie von 14 Pf. per Kilo, so daß sich der Sammellohn bei Ablieferung von 100 Kilo von 14 Mk. auf 28 Mk. erhöht.

Die kleineren Prämien, welche bisher für Ablieferung von mindestens 5 Doppelzentnern gezahlt wurden, kommen vom 1. Oktober ab in Wegfall.

Durch die neue Prämie gestaltet sich das Sammeln sehr lohnend, ganz besonders aber, wenn auch die trockenen Blätter, für welche 24 Mk. für 100 Kilo gezahlt wird, mit abgeliefert werden.

### Soziale Rundschau.

#### Vom Begriff des Bannbereichs eines Betriebes.

Das bayerische Landesversicherungsamt hat zweimal dem berechtigten Anspruch der Verletzten stattgegeben und den § 544 der R.V.D. vernünftig ausgelegt. Im ersten Falle handelte es sich darum, festzustellen, ob der Weg von der auswärtigen Arbeitsstelle zum Betriebsort, um dort Arbeitsgerät abzuliefern und Lohn zu empfangen, dem Betriebe zuzurechnen ist. Der Zimmermann S. war auf einem auswärtigen Bau beschäftigt. Am 10. Februar 1916 wurde die Arbeit beendet. Der Sitz des Betriebes befindet sich in D. Von der Zweigbetriebsstelle zum Hauptbetriebe, wohin der Arbeiter das Handwerkszeug bringen mußte, und wo er seinen Lohn in Empfang nahm, ereignete sich der Unfall. Das Ab-liefern des Werkzeuges und die Empfangnahme des Lohnes fallen unter den Begriff der Betriebsstätigkeit, dies steht außer Zweifel und ist in der Rechtsprechung allgemein anerkannt. Die Betriebsstätigkeit war also für den Verletzten nicht mit dem Verlassen der Arbeitsstelle in D. beendet, er befand sich vielmehr auf dem Wege nach D. noch im Banne des Betriebes. Die eigenwirtschaftliche Tätigkeit begann erst mit der Ablieferung der Werkzeuge und der Empfangnahme des Lohnes in D. und dem Verlassen der dortigen Betriebsstelle. Mitthün mußte das Landesversicherungsamt dem Verletzten die Unfallrente zubilligen.

Im anderen Falle erlitt ein Arbeiter, als er mittags die Betriebsstätte verließ, um Essen zu holen, einen Beinbruch. Dem Einspruch wurde stattgegeben, der Unfall hat sich unmittelbar vor dem Einfahrtstor zur Betriebsstätte ereignet. Durch das schwere Fuhrwerk des Betriebes war die Straße ziemlich ausgefahren und vereist. Die Einwendungen der Berufsgenossenschaft, daß der Verletzte mit dem Durchschreiten des Eingangstores die Betriebsstätte und ihren Gefahrenbereich verlassen hatte, kann nicht beipflichtet werden, nachdem der Weg nur ausschließlich von Fuhrwerken des Betriebes benutzt wurde und der Verletzte also noch im Banne des Betriebes stand. Das Landesversicherungsamt hat deshalb zu Recht erkannt, daß ein Unfall, der sich auf dem Heimweg außerhalb der Betriebsstätte ereignet, als Betriebsunfall anzusehen ist, wenn die Gefahr, der der Verletzte erlegen ist, durch den Betrieb verursacht war.

#### Berichtigung.

In dem Artikel „Schmachvolle Sklaverei“ in voriger Nummer muß es im fünften Absatz vom Schluß der zwölften Zeile heißen: Ihr Aufenthalt verlängerte sich daher um zwei Tage. Das genigte, um ihr die Existenz abzuschnneiden. Sie wurde, weil sie sich nicht noch einmal bei dem Herrn Chef entschuldigte, wegen grober Pflichtverletzung sofort entlassen.

### Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am 11. Oktober eine Generalversammlung ab. Nach dem Kassenbericht für das dritte Quartal betrug (einschließlich eines Bestandes von 4245,95 Mk.) die Gesamteinnahme des Quartals 15 492,06 Mk. Dem stand eine Geamtausgabe von 11 023,01 Mk. gegenüber, so daß am Schluß des dritten Quartals ein Bestand von 4469,05 Mk. verblieb. Das ist gegen das zweite Quartal eine Zunahme von 223,11 Mk. — Die rege gewerkschaftliche Tätigkeit im dritten Quartal brachte einen erfreulichen Mitgliederzuwachs mit sich. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 1083 auf 1508 und die Zahl der männlichen Mitglieder von 715 auf 851. Der gesamte Mitgliederzuwachs im dritten Quartal betrug 561. — Dem Kassierer Schein wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende Gruhl berichtete dann ausführlich über das Wirken der Organisation im dritten Quartal, das sich auf alle angeschlossenen Berufsgruppen erstreckte. In einer ganzen Anzahl von Betrieben kamen Lohnbewegungen in Gang, wovon verschiedene abgeblieben sind und Erfolg hatten. Besonders niedrige Löhne kamen in Färbereien vor, nämlich Stundenlöhne von 30 bis 50 Pf. Ueberall regte man sich aber, um zeitgemäße Löhne zu erlangen. Es sind auch in diesen Betrieben schon Erfolge zu verzeichnen. Bei Spindler in Köpenick zum Beispiel wurden die Löhne um 40 Proz. erhöht und auch bereits einzelne Akkordsätze verbessert. Schwierigkeiten hinsichtlich der Einführung ordnungsmäßiger Arbeiterausschüsse gemäß § 11 des

Hilfsdienstgesetzes wurden namentlich von Unternehmern der Färbereien und chemischen Reinigungsanstalten gemacht. Dem ist die Organisation an zuständiger Stelle entgegengetreten. — Die Lohnbewegung der Uniformflickerinnen hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Chefs haben sich bereit erklärt, für sämtliche Stickerinnen die Stücklöhne so zu setzen, daß pro Stunde 50 Pf. verdient werden. — Bei vier Lohnbewegungen, die im dritten Quartal abgeschlossen wurden, waren 1112 Personen beteiligt, die eine Lohnausbesserung von 10 898 Mk. pro Woche erhielten. Die Zahlen für die Stickerinnen sind hierin noch nicht enthalten. Die Versammlung nahm mit Genehmigung Kenntnis von dem Wirken und den Fortschritten der Organisation. Winken sprach dann über die Angliederung des paritätischen Arbeitsnachweises für das Groß-Berliner Textiltgewerbe an den städtischen Arbeitsnachweis. Er soll als „Fachabteilung für das Textiltgewerbe für Groß-Berlin“ dem städtischen Arbeitsnachweis angegliedert werden. Das Statut unterbreitete Redner der Beschlußfassung der Versammlung. Die Versammlung erklärte sich im allgemeinen damit einverstanden, wünschte aber eine Änderung des § 4 des Musterstatuts. Sie wählte dann die Mitglieder für das Arbeitsnachweiskuratorium.

### Der alte Weber.

Ich habe gewebt bei Tage und Nacht, — Und hab' es zu hohem Alter gebracht  
Mein Leben war Arbeit um jeden Preis,  
Voll Sorge und Mühe und faurem Schweiß.  
Nun steigt mein Schiffchen mit müdem Schlag  
Und steht sich nach dem Feiertag.

Ich habe gewebt bei Tage und Nacht, —  
Bis ins biblische Alter von siebzig und acht. —  
Schmal war die Kost und niedrig der Lohn,  
In leerem Beutel stieg ich oft hohn.  
Und weil mir's auch sonst noch im Leben ging schlecht,  
Da galt ich nur wenig, war schmal auch mein Recht.

Ich habe gewebt bei Tage und Nacht, —  
Und manchmal da hat mein Wehstuhl gekracht,  
Da webt ich mit zornigen Lippen den Fluch,  
Und webte und webte nur bichter das Tuch.  
So blieb ich ein machtloser Sklave der Zeit,  
Den niemand von Armut und Knechtschaft befreit.

Ich habe gewebt bei Tage und Nacht, —  
Und bald ist mein Leben der Arbeit vollbracht,  
Doch seh' ich von ferne den jungen Tag,  
Wo neu sich alles gestalten mag.  
Dann steigt aus der Tiefe, nach göttlichem Recht,  
Ein starkes und freies, ein glücklich Geschlecht!

Eugen Fritsch (3. St. im Felde).

### Briefkasten.

A. Dorst, Burgstädt. Wir wollten Ihnen brieflich antworten, sind aber, da Sie Ihre Wohnung nicht angaben, davon wieder abgekommen, unsicher, ob unser Brief Sie erreichen würde. Viel Hoffnung können wir Ihnen nicht machen, denn es wird nicht nur in B. so gemacht. Wenden Sie sich aber einmal an unsere Filiale Chemnitz um Rat und Hilfe für eine Eingabe an den Stadtrat um Aufhebung des Sie benachteiligenden Beschlusses.

## Verbandsanzeigen.

### Bekanntmachungen.

#### Vorstand.

Sonntag, den 21. Oktober, ist der

42. Wochendeitrag fällig.

#### Adressenänderungen.

- Gau 6. Konstantz. B: Mois Bollner, Weissenhofstr. 8.
- Gau 10. Grimma. V: A. Thomas, Rappenberg 4.
- Gau 11. Bauzen. V: Wilhelm Sawinski, Weibische Str. 4.
- Gau 13. Burg. Die Fortschrittliche ist zu streichen. Alles an die Kassiererin Frau Lydia Stendel, Scheunenstr. 9.

#### Totenliste.

- Gestorbene Mitglieder.**
- Grimmitzschau. Hermann Bär, Weber, 75 J.
  - Guben. Erich Boch, Spinner, 17 J., Lungenleiden.
  - Landeshut i. Schl. Moisia Dreiser, Weberin, 31 J., Gehirnentzündung. Martha Müller, Weiserin, 19 J., Wochenbettfieber.
  - Maulburg. Frau Robert Kiefer, Weberin, Halsleiden.
  - Meerane. Hermann Wehnert, 54 J., Magenkrankheit.
  - Neugersdorf. Agnes Wendler, Eibau, Streckenarbeiterin, Unglücksfall.
  - Sagan. Berta Zander, 42 J., Herzschwäche.

Thalheim und Umgegend. Wilhelmine Drummer, Hermersdorf, 64 J., Magenleiden. Luise Drummer, 21 J., Lungenkrankheit. Louis Vange, 78 J., Schlaganfall.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

- Callenberg b. Waldburg. Gerhard Rodtrob, 29 J.
- Grimmitzschau. Hugo Fleck, Spinner, 39 J.
- Dresden und Umgegend. Erich Richter, Groß-Sedlitz, Metzarbeiter, 23 J. Albert Zimmerer, Mägeln, Metzweber, 24 J.
- Frankenberg. Willy Reinhardt, 30 J.
- Landeshut i. Schl. Max Steber, Weber, 26 J. Adolf Lutes, Weber, 36 J.
- Meerane. Johannes Alfred Winkler, 32 J. Bruno Hermann Beckmann, 33 J. Arzur Lautenhan, 36 J.
- Plauen i. B. Georg Zeitler, Sticker, 30 J.
- Sagan. Otto Mitschke, Scherer, Erwin Wähle, Auspußer.

### Zusammenkünfte.

**Mitglieder-Versammlungen.**  
Ronneburg. Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im „Fürstenteller“.

## Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im Voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

### Filiale Landeshut.

Sonabend, den 27. Oktober, im Gasthaus „Zur Sonne“:  
**Feier des 20-jährigen Bestehens der Filiale**

bestehend in  
Festrede des Gauleiters Otto Fritsch und  
Konzert unter gütiger Mitwirkung des  
Gesangvereins (Franchchor) und des Musik-  
dirigenten Herrn Krause.  
Eintritt 20 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Die Mitglieder werden hiermit freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Reaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. Oktober.

Verlag: Karl Fölsch. — Verantwortlich für die mit 6 versehenen Artikel Hermann Fölsch, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Fortwäts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Geleiene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.